

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin Peter Houscht

## Übergangsregierung

Eine politische Lösung der seit März 1994 anhaltenden politischen Krise in der Frage einer neutralen Übergangsregierung ist weiterhin nicht in Sicht. Im Gegenteil: Durch die Berufung des pensionierten Richters Sadeque zum Vorsitzenden der Wahlkommission droht eine weitere Konfliktverschärfung. Sowohl Premierministerin Khaleda Zia als auch ihre große Widersacherin Sheikh Hasina Wajed haben bereits mit ersten Wahlkampfkundgebungen begonnen, obwohl weder über den Zeitpunkt noch über die Modalitäten ein überparteilicher Konsens erreicht worden ist (siehe auch Interview mit Sheikh Hasina).

Die BNP ist angesichts der gegenwärtigen Hochpreisphase für wichtige Nahrungsmittel sowie des Düngemittelskandals (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe) nicht an bald stattfindenden Wahlen interessiert - sie setzt auf das Vergessen seitens der Bauern. Dies um so mehr, als die Opposition versucht, die Frage einer neutralen Übergangsregierung mit anderen politischen und wirtschaftlichen Themen zu verbinden. Der dadurch erzeugte Druck soll die Regierung in die Knie zwingen und den Weg freimachen für Parlamentswahlen, die den Bedingungen der Opposition Rechnung tragen.

Nun steht der BNP neuer Ärger ins Haus. Die Opposition hat die Verfassungsmäßigkeit der Berufung des ehemaligen Richters am Obersten Gerichts, A.K.M. Sadeque, zum Vorsitzenden der Wahlkommission in Frage gestellt und klagt nun vor Sadeques altem Arbeitsplatz.

Die Klage gründet sich auf Artikel 99 der Verfassung, der es ehemaligen Richtern verbietet, nach ihrer Pension bezahlte Ämter im außergesellschaftlichen öffentlichen Dienst anzunehmen.

Die Opposition reagiert damit auf die Art und Weise, wie Sadeque ernannt wurde. Sheikh Hasina, Präsidentin der oppositionellen 'Awami League', möchte daher die Klage nicht gegen die Person Sadeques gerichtet wissen, sondern gegen Khaleda Zias Alleingang bei dessen

Ernennung.

Trotz der anhängigen Gerichtsverhandlung, hat die Wahlkommission ihre Arbeit aufgenommen. Die Zählung der Wähler hat am 25. Mai begonnen und soll zu einer offiziellen Wählerliste führen, auf deren Grundlage die Wähler-Identitätskarten erstellt werden. Mit dieser, bereits vor über einem Jahr von der BNP propagierten Maßnahme, sollen Wahlfälschungen verhindert werden. Im Gegensatz zu einigen Computerfirmen glaubt die Wahlkommission jedoch nicht, daß alle Identitätskarten in sechs Monaten fertig sein werden.

Die Effektivität der Wahlkommission hat sich in den fünf Jahren der Demokratie in Bangladesh als in hohem Maße abhängig von der Exekutive erwiesen. Bei den Parlamentswahlen von 1991 ermöglichte die neutrale Übergangsregierung unter dem Richter Shahabuddin Ahmed freie und faire Wahlen - diese Regierung gab der Wahlkommission die notwendige Freiheit, versöhnte Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit (siehe dazu auch 'Südasiens', 8/94). Die zu der politischen Krise führenden Nachwahlen in Magura vom März 1994 sahen eine hilflose, ohnmächtige Wahlkommission, deren Vorsitzender bereits vor dem Urnengang das Handtuch warf. Es fehlte eine Regierung als Stütze, die ein erkennbares Interesse an fairen Wahlen zeigte.

Die ersten Aktionen Sadeques lassen Zweifel an seiner Widerstandsfähigkeit gegen illegale Aktionen der BNP aufkommen. So sind BNP-Mitglieder mit der Aufgabe der Wählerzählung beauftragt worden, ohne das man den Protest der Wahlkommission hätte vernehmen können. In Zeitschriften, die auf der schwarzen Liste der Regierung stehen und folglich eher von "regierungsfernen" Kreisen gelesen werden, fehlten Anzeigen über die Wählerregistrierung - ein gezielter Manipulationsversuch der Regierung, der von der Kommission kommentarlos geschluckt wurde.

Für Kopschütteln hat auch eine weitere Anordnung der Regierung gesorgt: Jeder Wähler muß sich dort registrieren lassen, wo er wählen möchte. Dies bedeutet für

viele eine beschwerliche (Extra-)Heimfahrt. Zeitungen fragen sich teils amüsiert, teils erstaunt, wo die gegenwärtigen Häftlinge oder Krankenhauspatienten wählen sollen. Weitere Konflikte sind vorprogrammiert.

## Bekleidungsindustrie unter Druck

Der Dachverband der Textilunternehmen, die 'Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association' (BGMEA), hat durch seine am 17. Mai getroffene Entscheidung, einen von bangladeshischen und internationalen Organisationen ausgearbeiteten Vertrag zur Abschaffung der Kinderarbeit bis zum 1. September 1997 nicht zu unterzeichnen, Boykottdrohungen westlicher Importeure ausgelöst. Der Präsident der BGMEA, Redwan Ahmed, erklärte nach der Sitzung, man werde auch ohne Vertrag die Kinderarbeit abschaffen - und zwar bereits zum 31. Oktober 1995. Anlaß für das Veto der BGMEA ist ein Passus innerhalb des "Memorandum of Understanding" (MOU), wonach Nichtregierungsorganisationen (NRO) die Einhaltung des Vertrages überwachen sollen. "Wir wollen nicht, daß NRO sich in unsere Angelegenheiten einmischen", so Redwan Ahmed. Statt dessen will er UNICEF, ILO, die bangladeshische Regierung und die US-Botschaft als Überwachungsinstanzen gewinnen. Außerdem, so Ahmed, gebe es keine Absatzgarantie seitens US-amerikanischer Unternehmen. Da das MOU eine schrittweise Entlassung der 10.000 Kinderarbeiter in der Textilindustrie vorsehe, um Zeit zu haben für den Bau von Schulen und anderen Bildungs- und Sozialeinrichtungen für die dann Arbeitslosen, könnten amerikanische Unternehmen bangladeshische Waren unter Hinweis auf die nach wie vor bestehende Kinderbeschäftigung boykottieren.

Für die 'Child Labour Coalition' (CLC), ein in Washington ansässiger Dachverband von 40, sich gegen Kinderarbeit einsetzenden Organisationen, ist das Veto der BGMEA ein Skandal. Die mittlerweile von BGMEA signalisierte Gesprächsbereit-

schaft hat das Schlimmste verhindert - ein gegen bangladeschische Textilien gerichteter Boykottaufwurf der CLC wurde verhindert. Immerhin verdient das Land mit dem Export der Kleider zwei Milliarden Dollar; davon entfallen 60 Prozent auf den Absatz in den USA. Die Verhandlungen werden sich nun um die zwei strittigen Themen, Monitoring und Modus der Abschaffung der Kinderarbeit, drehen.

Die Textilfabriken in Bangladesh hatten bereits 1993 damit begonnen, Kinder zu entlassen, weil sie die Auswirkungen des amerikanischen 'Child Labour Deterrence Act' (siehe dazu auch 'Südasiens', 7/94) fürchteten. Nach Angaben des Vorsitzenden der BGMEA wurden seitdem 50.000 Kinder aus 1.600 Firmen entlassen. Die Absicht, bis Oktober 1994 alle Kinder aus der Textilindustrie zu entlassen, war vor allem wegen der Intervention internationaler Organisationen, die einen humanen, schrittweisen Abbau befürworteten, aufgegeben worden.

**"Bangladesh Aid Consortiums"**

Bangladesh hat beim Pariser Treffen der internationalen Gebergemeinschaft Ende April Zusagen in Höhe von 1,95 Milliarden Dollar für das am ersten Juli beginnende Haushaltsjahr erhalten. Neben diesem für Finanzminister Saifur Rahman erfreulichen Beschluß des Pari-

ser Geberkonsortiums wurde jedoch auch von dessen Seite Kritik geäußert am langsamen Prozeß der Privatisierung und der sie begleitenden Gesetzesreformen. Rahman machte die Opposition und deren fortgesetzte Streikwellen für diesen Umstand verantwortlich. In diesem Zusammenhang mahnten die Geber eine baldige Beendigung der politischen Krise an, deren Fortdauern auch die ökonomischen Fortschritte in Frage stelle und das Investitionsklima im Lande erheblich verschlechtere. Bislang sind nur 18 staatseigene Unternehmen privatisiert worden, im Gegensatz zu den 1991 in Aussicht gestellten 46. Obwohl in der Regel politische Ursachen für diesen Umstand verantwortlich gemacht werden, scheinen administrative Flaschenhälse größeren Anteil an der schlechten Bilanz zu haben.

**Atomkraftwerk in Roopur**

Nach Plänen der Atom-Energie-Kommission (AEC) kann die landesweite Energiekrise durch den Bau eines 600 MW-Atomkraftwerkes bewältigt werden. Die wiederbelebte Diskussion basiert auf Plänen für das Roopur-Atomkraftwerk aus dem Jahr 1962. Die Kosten werden auf etwa 900 Millionen US-Dollar geschätzt, die mit Krediten über eine Laufzeit von 10 bis 15 Jahren finanziert werden sollen. AEC-Vertreter argumentieren vor-

allem mit niedrigeren Stromerzeugungskosten im Vergleich zu Öl- oder Gaskraftwerken. Bislang würden die nationalen Gasvorräte zu subventionierten Preisen in Kraftwerken und Düngemittelfabriken vergeudet und reichten nur noch zwanzig Jahre, so ein Atomwissenschaftler. Für den Fall, daß dieses Atomkraftwerk nicht durch internationale Entwicklungsgelder finanziert werden kann, ist man zuversichtlich, die notwendigen Gelder durch Staatsanleihen und private Investoren aufbringen zu können. Die erhöhte Versorgungssicherheit bei gleichzeitig niedrigeren Strompreisen gilt dabei als entscheidender Anreiz. Als Vorbild für diese ehrgeizigen Pläne gilt Indien, wo bislang schon Atomkraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 3.000 MW gebaut wurden und ein Ausbau auf 10.000 MW bis zum Jahr 2.000 geplant sei. Internationale Kritik fürchtet das AEC nicht. Die wird von einigen Wissenschaftlern an den bisherigen Regierungen geäußert. Diese hätten es zu verantworten, daß die vorliegenden Kraftwerkspläne bislang noch nicht realisiert worden seien.

**Rechte von Minoritäten eingefordert**

Unter dem Titel 'Chittagong Hill Tracts: Problems and Solution' trafen sich Anfang Juni im Deutschen Kulturzentrum in Dhaka Vertreter aus Politik und verschiedenen Verbänden, um die Rechte aller Minderheiten in Bangladesh einzufordern. Eine Lösung der Minoritätenprobleme könne nur im Rahmen eines breiten nationalen Konsens erfolgen, an dem alle politischen Parteien beteiligt werden müßten, betonten die Veranstalter. In diesem Zusammenhang wurde dazu aufgerufen, die Friedensverhandlungen, die seit 1992 laufen, in Dhaka fortzuführen. Seit dieser Zeit fanden insgesamt acht Verhandlungsrunden zwischen der Regierung und Völkern in den Chittagong Hill Tracts statt. Trotz des Waffenstillstands kam es jedoch jüngst in Narichor wieder zu Mord und Folter und auch in der Region um Bandorbon ist die Lage sehr gespannt. Es wird vermutet, daß die Regierung zumindest indirekt für die Vorfälle verantwortlich ist. Bis heute wurden bengalische Öffentlichkeit, Politiker und Parlamentsabgeordnete nicht ausreichend über den Stand der Verhandlungen informiert. Die Lage in den Hill Tracts war nie Gegenstand einer Parlamentssitzung.



Erstmals fand in Dhaka eine Tagung über Probleme der CHT statt (Foto: Walter Keller)

Ein Komitee, speziell zur Klärung des Konflikts gegründet, hat nach wie vor keine offizielle Funktion. Bisher haben sowohl Militärs als auch hohe Beamte die Bemühungen um Frieden in der Region immer vereitelt (über die Tagung werden wir in der nächsten Ausgabe von 'Südasiens' ausführlicher berichten).

### 'Samannaya Committee'

Das 'Muktijuddher Chetana Bastabayan O Ekatturer Ghatak Dalal Nirmul Jatiya Samannaya Committee', kurz: Samannaya Komitee, hat mit einer kürzlich veröffentlichten Liste von acht weiteren Kriegsverbrechern die lange anhaltende Pause in ihren Aktivitäten beendet. Es war still geworden um das Komitee "für die Verwirklichung der Ziele des Unabhängigkeitskrieges und für die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kollaborateure von 1971" (siehe dazu auch 'Südasiens', 3/94), nachdem die charismatische Führerin des Komitees, Jahanara Imam, im Juli 1994 einem Krebsleiden erlag und auch ihre Nachfolgerin, Sufia Kamal, das Amt aus gesundheitlichen Gründen an Hasan Imam abgeben mußte. Neben dieser internen personellen Misere erschwerte ein finanzieller Engpaß sowie eine öffentliche Diskussion, die sich stärker um die Frage einer "neutralen Übergangsregierung" (siehe dazu auch 'Südasiens', 4-5/94) als um religiösen Fundamentalismus oder vergangene Kriegsverbrechen drehte, die politische Arbeit.

Die "Wiederauferstehung" des Komitees kommt zum richtigen Zeitpunkt: Die religiösen Eiferer im Land haben den Schock über die Ausreise der Schriftstellerin Taslima Nasreen, die mit ihrem Roman "Lajja" (Schande) 1993/1994 für zum Teil heftige Auseinandersetzungen zwischen religiös orthodoxen und säkularistischen Gruppen in Bangladesh gesorgt hatte (siehe dazu auch 'Südasiens', 6/94), überwunden und neue Feindbilder gefunden.

Wieder läutet der islamische Krieger, 'Shahaba Sainik Parishad', der bereits 1993 auf Taslima Nasreen ein Kopfgeld ausgesetzt hatte, eine neue Runde der religiösen Agitation ein. Den Zorn des Kriegerates auf sich gezogen hat zum einen der bekannte Dichter Shamur Rahman, dem sein Eintreten für die schriftstellerische Freiheit sowie ein 35 Jahre altes Gedicht zum Sündenbock gemacht haben. Als

wahren Grund für die Agitation gegen ihn vermutet er jedoch seine Mitgliedschaft im 'Samannaya' Komitee.

Ebenfalls zur Zielscheibe der religiösen Eiferer ist die Parlamentarierin Farida Rahman geworden. Sie fordert einen größeren Erbteil für Frauen und hat damit nach Auffassung der religiösen Saubermänner den Koran in Frage gestellt. Farida Rahman, die kürzlich auch das neue Asienhaus in Essen besuchte, beklagt die fehlende Unterstützung ihrer männlichen Kollegen, die im bekannten Kontrast zu den offiziellen Erklärungen der Regierung stehen, wonach Gewalttaten der Religionsgewaltigen beziehungsweise deren Ankündigung mit allen Mitteln verfolgt werden.

Die jüngsten Ereignisse in Cox's Bazar vermitteln einen guten Eindruck dessen, was religiöser Wahn bewirken kann. Unter Führung des örtlichen Imams setzten mehrere hundert Eiferer einen Zirkus in Brand. Der Grund: Frauen waren dort als Artistinnen aufgetreten und verstießen nach Ansicht des Imams gegen islamische Prinzipien. Ein Dutzend Tiere starben, Menschen erlitten Brandverletzungen.

### Geistlicher erhält Vorladung

Obaidul Huq, oberster Geistlicher ('Khatib') der 'Baitul Mukkaram Moschee' in Dhaka, muß sich wegen anti-staatlicher Äußerungen vor Gericht verantworten. Huq hatte im Juni vergangenen Jahres auf einer Kundgebung, die von einem Zusammenschluß fundamentalistischer Gruppen - 'Sammilita Sangram Parishad' - organisiert wurde, unter anderem erklärt, Bangladesh sei 1971 durch eine Verschwörung westlicher Mächte entstanden, deren Ziel die Schwächung des islamisch geprägten Pakistans gewesen sei.

### 'Jatiya Party' Chef kritisiert Ershad

Harsche Kritik an dem ehemaligen Präsidenten Ershad hat der jetzige Fraktionschef der 'Jatiya Party', Moudud Ahmed, in seinem Anfang Juni erschienenen Buch "Democracy and the Challenges of Development. A Study of Politics and Military Interventions" geübt. Ershad, der trotz seiner Inhaftierung noch Parteichef der von ihm gegründeten 'Jatiya Party' ist, habe alle seine Versprechen gebrochen, die er kurz nach dem unblutigen Militärputsch 1982 abgegeben

habe. Entgegen seinen Absichtserklärungen habe er sich in die Politik eingemischt und sich selbst zum Präsidenten ernannt, die Korruption in Wirtschaft und Verwaltung, statt zu beseitigen noch gefördert, und schließlich habe er auch keine freien und fairen Wahlen durchführen lassen, um eine demokratische Ordnung den Weg zu ebnet. Das Buch, in dem auch Ershads Schmusekurs zu Indien kritisiert wird, kann Ahmed um sein hohes Amt in der Partei bringen. Dennoch wurde es seines Erachtens Zeit, daß jemand die Courage aufbrachte, die Wahrheit zu sagen.

### Saatgut - Neue Krise in Sicht

Nachdem bereits der Düngemittelskandal hohe Wellen geschlagen und Pläne, die Nahrungsmitteljahresproduktion auf über 20 Millionen Tonnen zu steigern, ins Reich der Träume von gestern verwiesen hat, scheint die Grundlage für einen noch größeren, sich um das Saatgut drehenden Skandal gelegt. Seit 1993 sind auf Druck westlicher Geberländer 369 staatliche Verteilungszentren für Saatgut geschlossen wurden, die bislang zu subventionierten Preisen den Bauern hochwertigen Qualitätssamen anbieten konnten. Bis 1998 sollen auch die restlichen 100 Verteilungszentren den privaten Händlern Platz gemacht haben. "Die Nahrungsmittelpreise werden mit Sicherheit steigen", so die Meinung des 'Bangladesh Agriculture Development Cooperation' (BADC); das ist die bisherige Verteilungsinstitution.

Analog zur Düngemittelproblematik (siehe hierzu Artikel in dieser Ausgabe) werden die Bauern, so befürchtet die BADC, abhängig werden von privaten Händlern, die durch künstliche Verknappung des Angebots oder durch Schmuggel die Preisspirale in Gang bringen werden. Außerdem ist eine Verschlechterung der Samenqualität auf Kosten der Produktion wahrscheinlich. Der Spielraum für allerlei Deals auf Kosten der Bauern erhöht sich mit Sicherheit.

Bereits bei der schrittweisen Auflösung der bisherigen Verteilungszentren ist es zu Ungereimtheiten gekommen. Obwohl die Zentren mit den geringsten Verkaufszahlen zuerst geschlossen werden sollten, ist das Zentrum in Sripur noch immer geöffnet. Der mögliche Grund: Sripur gehört zum Wahlkreis des Landwirtschaftsministers.